

# Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

NEUNZEHNTE  
JAHR MÄRZ 1968

3

PETER BLACHSTEIN

## Die Vergewaltigung Griechenlands und die westlichen Demokratien

### I

Durch Zufall war ein in Deutschland arbeitender, sehr angesehener griechischer Journalist zur Zeit des Militärputsches am 21. April 1967 in Athen: *Basil P. Mathiopoulos* begleitete eine deutsche Gruppe, die die Vorbereitungen zu den griechischen Parlamentswahlen für das deutsche Fernsehen aufzeichnen wollte. Der griechische Bürger und Demokrat, Freund vieler verhafteter Politiker und Journalisten und Gegner der reaktionären Putschisten, war plötzlich über Nacht in Gefahr geraten, das Schicksal seiner Freunde zu erleiden, verhaftet zu werden und auf einer Deportationsinsel mit Tausenden widerrechtlich Eingekerkelter zu verschwinden.

Mathiopoulos berichtet in einem Taschenbuch <sup>1)</sup> über seine Erlebnisse in Athen am 21. April 1967 und in den Tagen danach, über die brutale Machtergreifung in wenigen Nacht- und Morgenstunden in der Hauptstadt und im ganzen Land. Die Verbreitung von Terror, Ausgehverboten, Ausnahmezustand und ihre lähmende Wirkung auf das Volk werden geschildert.

Das Verbot aller politischen Parteien, der freien Gewerkschaften, vieler Zeitungen, strenge Zensur, Gleichschaltung der wenigen Zeitungen, die weiter erscheinen, des Rundfunks, der Theater beobachtet Mathiopoulos in seinem eigenen Land. Er erlebt auch das Versagen des Königs, der nichts tut, um die Verfassung zu verteidigen, sich aber zusammen mit den Meuterern fotografieren läßt.

Das Buch gibt den geschichtlichen Hintergrund für die jüngsten Ereignisse in Griechenland. Es schildert die wichtigsten Etappen griechischer Geschichte der letzten Jahrzehnte, die führenden politischen Persönlichkeiten und Parteien.

Der Autor besucht Freunde in Athen. Die meisten sind verhaftet oder versuchen sich zu verbergen. Auch er muß sich verstecken, schließlich in der Deutschen Botschaft Asyl suchen. Das Schicksal des Journalisten Mathiopoulos wird zum diplomatischen Fall. Der deutsche Außenminister verfügt die Gewährung von Asyl in der Botschaft. Diese entschlossene Entscheidung *Willy Brandts* verdient dankbare Anerkennung. Mathiopoulos war im deutschen Auftrag nach Athen gereist; was in deutscher Macht lag, geschah, daß er heil nach Deutschland zurückkehren konnte.

1) Basil P. Mathiopoulos: Athen brennt. Der 21. April 1967 in Griechenland. Verlag Franz Schneekluth, Darmstadt 1967. 222 S., kart. 9,80 DM.

## II

Menschliche Hilfe in einzelnen Fällen ist gut, sie ersetzt aber nicht Politik. Und die Politik des demokratischen Westens gegenüber der Putschregierung Griechenlands ist, was die größeren Staaten betrifft, fortgesetzter Verrat an den demokratischen Grundsätzen und am griechischen Volk. Sie erinnert peinlich an die Politik der Westmächte, die im spanischen Bürgerkrieg 1936—1939 das spanische Volk und seine demokratische Republik langsam von *Franco*, *Hitler* und *Mussolini* abschlachten ließen. Ob wohl die amerikanische sechste Flotte bei einem kommunistischen Putsch in Griechenland ebenso passiv zugeschaut hätte, wie beim Militärputsch des NATO-Verbündeten?

Der Vorwand vom kommunistischen Aufstand, dem die griechischen Obersten durch den Putsch zuvorgekommen seien, ist inzwischen ziemlich verblaßt. Die konservative Verlegerin *Eleni Vlachou*, die aus Protest gegen Zensur und Diktatur ihre Zeitungen einstellte, charakterisiert, nach ihrer Flucht aus Griechenland, in der *Zeit* vom 19. Januar 1968 die kommunistische Begründung des Putsches durch die Obristen: „Nun begannen sie, mit Tricks und schamlosen Lügen, den Mythos vom bevorstehenden kommunistischen Coup' aufzubauen, vom großen Unglück, von dem die Armee Griechenland einmal wieder befreit hatte.“

70 Lastwagen voll beschlagnahmter Munition sollten Journalisten gezeigt werden. Kein Lastauto, nicht einmal eine Schubkarre, schreibt Frau Vlachou, wurden vorgeführt! Aber die Legende wirkt unter dem Volk und im Ausland. Jetzt sprechen die Putschisten von der „nationalen Revolution“. Nach neun Monaten ist nicht ein Dokument über den angeblichen kommunistischen Aufstand veröffentlicht worden; noch hat es kein ordentliches Gerichtsverfahren gegen Kommunisten gegeben, die sich wegen Aufstandsvorbereitungen verantworten müßten.

Der Zweck des Putsches war, die Wahlen im Mai 1967 zu verhindern, die nach Meinung aller Griechenland-Kenner der Zentrums-Union unter *Georg* und *Andreas Papandreou* eine breite Mehrheit im Parlament gebracht hätten. Diese Mehrheit hätte die Privilegien der Armee gebrochen, die Armee der parlamentarischen Kontrolle unterstellt und Griechenland zu einem modernen, sozialen, demokratischen Staat im Rahmen der EWG und im Bündnis mit der NATO weiterentwickelt.

Es gibt Zyniker, die den Putsch als innere Angelegenheit Griechenlands bezeichnen, in die sich andere Mächte nicht einzumischen hätten. Das Argument kommt meist von Leuten der extremen Rechten. Es stört sie nicht, daß sie das Lieblingsthema der Kommunisten anschlagen, die heute die heftigsten Vertreter der „Nichteinmischung“ geworden sind. Wir leben in einer Zeit, in der die staatliche Souveränität durch internationale Abmachungen und Verträge freiwillig begrenzt, eingeschränkt und kontrolliert wird. Wir befinden uns auf einem langen, mühevollen Weg von der Macht des Stärkeren als Kompäß zur Regelung des internationalen Zusammenlebens der Völker zu internationalen Rechtsnormen und internationalen Verträgen. Griechenland hat militärisch im Rahmen der NATO gewisse Rechte wie die übrigen Verbündeten im Rahmen des Bündnisses abgetreten und demokratische Pflichten übernommen.

In der Präambel zum NATO-Vertrag vom 4. April 1949 heißt es: „Die Parteien dieses Vertrages sind entschlossen, die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten.“ Die NATO-Waffen werden seit dem Putsch auf den Straßen Griechenlands gegen das griechische Volk mißbraucht. Aber der amerikanische Außenminister *Rusk* war schon am 29. April 1967 glücklich darüber, daß Griechenland weiterhin eine kräftige Stütze der NATO bilden werde! Offenbar glaubt *Rusk*, daß das griechische Volk seine Unterdrücker und deren Gefangeneninseln kräftig stützen wird.

Präsident *Johnson* äußerte Bedenken gegen die Militärjunta, als er erklärte: „Wenn Griechenland nicht zum Parlamentarismus zurückkehrt, kann es nicht mit einer Fortsetzung der Militärhilfe seitens der USA rechnen.“ Geschehen ist aber kaum etwas. Ein paar schwere Waffen weniger und eitle Hoffnungen, man könne die Militärkamarilla des permanenten Bürgerkrieges zu braven, königstreuen Demokraten umerziehen. Dabei lassen die Machthaber keinen Zweifel, daß es keine allgemeine Amnestie für politische Häftlinge, keine Menschenrechte, keine Pressefreiheit und keine demokratische Verfassung geben wird. Die Vereinigten Staaten liefern weiter Waffen und die Bundesrepublik liefert ebenfalls vertragstreu gegenüber Putschisten. Bundesaußenminister Brandt erklärte: „Militärdiktaturen haben innerhalb der NATO keine Zukunft.“ Schön wäre es. Aber die CDU haben Militärdiktaturen noch nie gestört, weder in Portugal und Spanien, noch in Griechenland.

### III

Griechenland ist der *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft* assoziiert mit dem Ziel der Vollmitgliedschaft. Auch die EWG ist nach den Römischen Verträgen eine demokratische Gemeinschaft. Die Hohe Kommission der EWG hat die Verhandlungen über die Durchführung der Assoziierung seit dem Putsch unterbrochen. Sie unterscheidet sich damit vorbildlich von der Politik der meisten Mächte. Sie hält sich an Verträge und vereinbarte Verfahren. Dazu gehört zum Beispiel der parlamentarische Assoziierungs-Ausschuß des Europäischen Parlaments, aus dem die Militärregierung alle griechischen Parlamentarier zurückgezogen hat. Wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen sind gestoppt worden. Versuche, durch den Ministerrat diese Entscheidung der Kommission aufzuheben, scheiterten, da die notwendige Einstimmigkeit dafür nicht zu erzielen war. Schlimm genug, daß mehrere Regierungen demokratischer Länder die EWG für die Militärdiktatur einspannen wollten.

Griechenland gehört dem *Europa-Rat* an. Es hat die *Menschenrechtskonvention* unterzeichnet, die für die Mitgliedsstaaten des Europa-Rates verbindliches Recht setzt. Vier kleine europäische Staaten: Dänemark, Holland, Norwegen und Schweden — mit Unterstützung Belgiens, Luxemburgs und Islands —, haben beim Europäischen Gerichtshof wegen Verletzung der Menschenrechtskonvention geklagt. Die großen Staaten sehen zu. Unter den Klägern sind vier NATO-Verbündete.

Die *Bundesregierung* behält sich ihre Stellungnahme vor, bis das Ergebnis der Klage im Ministerrat des Europa-Rates zur Entscheidung stehen wird. Das ist alles, was wir aus der Mißachtung der Menschenrechte von 1933 bis 1945 im eigenen Lande gelernt haben. Zu mehr rafft sich die Bundesregierung nicht auf, die ständig die Welt auf die Verweigerung der Menschenrechte im andern Teil Deutschlands hinweist und um ihre Wiederherstellung mit Hilfe möglichst vieler Freunde ringt. Während Parlamentarier aus Österreich und Skandinavien sich um das Schicksal der griechischen Gefangenen kümmern und die Wiederherstellung von Freiheit und Recht in Athen forderten, warb *Erik Blumenfeld* (CDU) um die Glaubwürdigkeit der Junta und für ihre angeblichen Absichten, zur Verfassung und Demokratie zurückzukehren. Inzwischen haben die Militärs keine ihrer Zusagen an Blumenfeld gehalten. Die Militärs sind sich treugeblieben. Wird der Christdemokrat ihnen auch weiter treubleiben?

Inzwischen hat die Beratende Versammlung des Europa-Rates am 31. Januar 1968 einen fast 100 Seiten langen Bericht über die Lage in Griechenland diskutiert, der von dem katholischen, konservativen Abg. *Siegmann* als Berichterstatter vorgelegt worden war. Dieser Bericht enthält eine gründliche Analyse der Vorgänge seit dem Militärputsch vom 21. 4. 1967. Gut fundiert und in diplomatischer Form ist er eine vernichtende Anklage gegen das Militärregime. In der Empfehlung und der Resolution, die von der Beratenden Versammlung mit Zweidrittel-Mehrheit

angenommen wurden, wird die Rückkehr Griechenlands zu konstitutionellen demokratischen Verhältnissen gefordert und die Überwachung der einzelnen Maßnahmen, des Referendums über die Verfassung und die später angekündigten Wahlen durch Beobachter in Aussicht gestellt. Sollte bis zum Frühjahr 1969 das demokratische Leben in Griechenland nicht wiederhergestellt sein, wird dem Ministerrat die Suspendierung oder der Ausschluß Griechenlands aus dem Europa-Rat empfohlen. Ebenso soll die Wiederherstellung der Menschenrechte sorgfältig überwacht werden. So erfreulich die feste Haltung der Mehrheit dieser europäischen Versammlung in der griechischen Frage war, so erschien manchen die Frist (fast zwei Jahre seit dem Putsch!), die den Machthabern für die Wiederherstellung demokratischer Zustände zugebilligt wurde, allzulang.

#### IV

Über den Ausgang der Klage wegen Menschenrechtsverletzung kann es keinen Zweifel geben. Ich halte dann die Suspendierung Griechenlands vom Europa-Rat bis zur Wiederherstellung der Menschenrechte und Demokratie auch für die Bundesregierung für zwingend.

Oder sind wir käuflich? Vor der Bundestagsdebatte über den Antrag der SPD, der 1) die Unterstützung der Klage auf Verletzung der Menschenrechte, 2) die Einstellung der Wirtschaftshilfe im Rahmen der EWG und 3) die Einstellung von Waffenlieferungen forderte, ließen die Griechen wissen, sie würden Schiffbauaufträge an die Bundesrepublik umdisponieren, wenn der Bundestag gegen die Militärjunta Stellung nähme . .

Wir treiben mit vielen Staaten Handel und haben diplomatische Beziehungen mit ihnen, ob uns nun ihre politischen oder gesellschaftlichen Systeme passen oder nicht passen. So auch mit Griechenland, trotz seiner Putschregierung und seiner Gefangeneninseln. Wer bezahlt, kann bei uns Schiffe bauen lassen oder Braunkohlenverarbeitungswerke beziehen. Wir wenden uns aber gegen Wirtschaftshilfe für ein Terrorregime und gegen Bündnisgemeinschaft mit einem Land des Terrors.

Griechenland ist ein Modell dafür, wie sich Gemeinschaften demokratischer Staaten gegenüber einem Partner verhalten, der durch einen Staatsstreich im Innern die gemeinsamen vertraglichen internationalen Verpflichtungen außer Kraft setzt: NATO-Vertrag, Römische Verträge (EWG), parlamentarischer Assoziierungsausschuß (EWG), Menschenrechtskonvention des Europa-Rates. Staatsstreich ist kein Kavaliersdelikt, wie es manche Konservativen bei uns darstellen. Es gibt in Europa eine breite Schicht politischer Kräfte aus fast allen politischen Lagern, die sich mit der Beseitigung der Demokratie in Athen nicht abfinden wollen, die mit allen politischen und wirtschaftlichen Mitteln den demokratischen Kräften Griechenlands helfen wollen, um Griechenland zu rechtlichen, freiheitlichen Zuständen zurückzuführen. Die Vereinigten Staaten könnten durch Sperrung der militärischen und wirtschaftlichen Hilfe den Spuk der Obristen schnell und unblutig beseitigen.

Sind die demokratischen Prinzipien des Westens unsere Lebensform, die wir ernst meinen und die wir verteidigen, weil wir anders nicht leben wollen, oder sind diese Prinzipien eine Münze im Kalten Krieg? Die Angst vor einem demokratischen Griechenland scheint bei manchen einflußreichen Leuten im Westen nicht geringer zu sein als bei den griechischen Militärs. Je länger aber die unfähigen Obristen in Athen mit Terror regieren, um so größer wird die Gefahr des Kommunismus in Griechenland. Die unverdächtige *Neue Zürcher Zeitung* schreibt dazu: „Wer die Verhältnisse in Griechenland, insbesondere auch die Geschichte des griechischen Kommunismus, näher kennt ..., muß feststellen, daß erst die Errichtung der Diktatur ein für die kommunistische Agitation günstiges Klima geschaffen hat ... Nur ein echt demokratisches und liberales Griechenland, in dem die sozialen Mißstände beseitigt sind, wird die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus erfolgreich bestehen können.“